HAUSHALT

Breitner: Keine Stelleneinsparungen bei der Polizei

Kiel - Was bedeuten die von der Landesregierung Anfang September verabschiedeten Eckwerte des Landesetats 2013 für die Landespolizei? Damit befasste sich eine Anfrage, die die Gewerkschaft der Polizei an Innenminister Andreas Breitner gerichtet hatte. Dabei unterstrich der Landesvorsitzende Oliver Malchow zuvor noch einmal die Erwartungshaltung der GdP. "Wir gehen davon aus, dass die neue Landesregierung trotz der Schwerpunktsetzung im Bildungsbereich Wort hält und sowohl das Beförderungs- und Strukturkonzept fortgesetzt als auch der Personalbestand zumindest gehalten wird. Deshalb werden für die Landespolizei klare und verlässliche Zusagen von den politisch Verantwortlichen um Ministerpräsident Albig erwartet", so der GdP-Landesvorsitzende.

In der GdP-Anfrage erläuterte Innenminister Andreas Breitner die Eckwerte des Landeshaushalts mit Blick auf die Landespolizei. "Für die Polizei werden die Mittel bereitgestellt, die aus politischer und fachlicher Sicht für den Haushalt 2013 angemeldet worden sind", konstatierte Breitner. So können unter anderem auch die Planungen für wichtige Neubaumaßnahmen von Polizeigebäuden des Einsatztrainingszentrums und der Unterkunftsgebäude in der PD AFB sowie des Autobahnreviers Scharbeutz fortgesetzt werden. Sichergestellt seien auch die Beschaffung moderner Dienstkraftfahrzeuge im bisherigen Umfang sowie der notwendige Ersatz für das Küstenboot Helgoland. Die Ausschreibung für einen Neubau erfolge 2013. Bei der von der GdP geforderten Verbesserung der Beförderungssituation konnte der Innenminister ebenfalls Hoffnung machen. "Zur Fortsetzung des so genannten Strukturkonzeptes ist auf meine Intervention hin im Kabinett vereinbart worden, dass erkannte strukturelle Schieflagen bei der Beförderungssituation durch zusätzliche Beförderungen ausgeglichen werden sollen", erklärte Breitner. Dazu würden kurzfristig die Strukturen der Personalkörper einschließlich der Bereiche Justizvollzug und Steuerverwaltung analysiert. Eine Schieflage sei aus seiner Sicht für die Polizei zu unterstellen. "Ich bin zudem sicher, dass wir für die Polizei gute Argumente für unsere Forderungen haben", so der oberste Dienstherr der Polizisten. Und auch die GdP-Frage, ob die Landespolizei zumindest mit einem konstanten Stellen- und Personalbestand rechnen könne, oder ob es nun möglicherweise Planungen der Landesregierung gebe, dass jetzt auch die Polizei Stelleneinsparungen für die Finanzierung der Schwerpunkte erbringen müsse, beantwortete Andreas Breitner mit klaren Zusagen. "Es wird bei der Landespolizei Schleswig-Holstein keine Stelleneinsparungen geben!" Um Sicherheit für alle Menschen in Schleswig-Holstein gleichermaßen zu gewährleisten, sei es eine permanente Aufgabe der Polizei, durch Umstrukturierungen die Effizienz der Aufgabenerledigung zugunsten des Streifen- und Ermittlungsdienstes weiter zu verbessern. Seine persönliche Auffassung, dass die Polizei eigentlich mehr Personal für wachsende Aufgaben und Belastungen benötige, sei angesichts der Haushaltssituation aber nicht durchsetzbar. Die Zahl der zugestandenen Umsteuerungen von 160 Stellen zur Deckung der so genannten strategischen Lücke sei durch das Kabinett jedoch nochmals bestätigt worden, so Breitner. Die Worte des Ministers stießen beim GdP-Chef zwar auf offene Ohren, richtig Freude sollte jedoch bei ihm nicht aufkommen. "Sicher ist das alles schließlich erst, wenn der Haushalt beschlossen ist", so Oliver Malchow.

Thomas Gründemann

GLÜCKWÜNSCHE

Wir gratulieren

zur Beförderung

zum/zur Krimialkommissar/-in

Gunnar Klesse, Jana Mademann, Jochen Mix, Jessica Nagel, RG Segeberg-Pinne-

zum 40-jährigen Dienstjubiläum

Fritz Petersen, Hans Ruser, Michael Schmidt, Bernhard Stitz, RG Schleswig-Flensburg; Lars Dubau, Björn-Ole Söth, Arno Weigle, RG Kiel-Plön; Ulrich Detlef, Uwe Götsch, Thomas Hinze, Ulrich Kasch, Volker Massmann, Hans-Werner Salomon, Dieter Schulz, Hans Stoffer, Michael Wardenga, RG Lübeck-Osthol-

zum 25-jährigen Dienstjubiläum

Lutz Rohwer, Loni Sprung, RG Kiel-Plön; Michael Carstensen, Iris Kohlwes, RG Schleswig-Flensburg; Stephan Wirtz, RG Segeberg-Pinneberg; Kersin Labuj, Marco Mein, RG Steinburg-Dithmarschen

zur goldenen Hochzeit

Klaus Wobith und Ehefrau, RG Kiel-

zur Vermählung

Thorsten Kutz, RG Segeberg-Pinneberg, und Ehefrau Anna-Katharina Kutz geb. Arndt, RG AFB; Anja Kröger geb. Schmütz und Ehemann, RG Lübeck-Ostholstein; Stefan Chirvi und Ehefrau, RG Nordfriesland; Ralf Wendrich und Ehefrau, RG Segeberg-Pinneberg

In den Ruhestand traten

Jürgen Fiolka, RG AFB; Hans-Otto Greve, RG Schleswig-Flensburg; Hans-Wilhelm Ehlert, Siegfried Kruse, RG Segeberg-Pinneberg

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.



WERBEAKTION AN DER FHVD

Tolles Angebot der GdP vorgestellt

Kiel – Die GdP nahm auch in diesem Jahr auf Einladung gerne am Informations- und Begegnungsforum an der FHVD teil und gestaltete diese Möglichkeit sehr attraktiv.

Auf Initiative der GdP gab es eine Lesung und anschließende Diskussion zum Buch des Autoren Peter Jamin "Abgeknallt - Gewalt gegen Polizeibeamte", das im VDP erschienen ist (siehe Berichterstattung im Bundesteil).

Petra Kühl und Jenny Zier vom GdP-Bundesvorstand, Dokumentationsstelle Hilden, stellten die Möglichkeiten der GdP-Literaturdatenbank live im Internet vor. Und dies äußerst interessant. Viele neue und "alte" Studenten staunten über die Möglichkeiten und das tolle Angebot für GdP-Mitglieder, das eine echte Hilfe für das Studium, die Aus- und Fortbildung darstellt! Torsten Jäger stellte insbesondere in Bildern die GdP in seinem Begrü-Bungsstatement vor: "Wir sind die große Gewerkschaft aller Sparten, beider Geschlechter, al-Laufbahnen!" Ein tolles Team (Foto mit Henning Riehn, Petra Kühl, Torsten Jäger, Jenny

Zier, Nicole Jelinsky, Imke Kalus, Axel Dunst, v. l.) sorgte dann an einem infor-

mativen Stand der GdP für viele Gespräche und Kontakte.

TJ

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der Ausgabe 11/2012: Donnerstag, 4. Oktober 2012



DEUTSCHE POLIZEI Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:

Verantwortlicher Redakteur: Thomas Gründemann Geschäftsführender Landesvorstand Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel Telefon (04 31) 1 70 91

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GmbH Forststraße 3 a, 40721 Hilden Telefon (02 11) 71 04-1 83 Telefax (02 11) 71 04-1 74 Verantwortlich für den Anzeigenteil: Antie Kleuker Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien Marktweg 42–50, 47608 Geldern Postfach 14 52, 47594 Geldern Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

PERSONALIE

Lewering übernimmt Einsatzhundertschaft

Eutin/Neumünster/tgr - Die 1. Einsatzhundertschaft der PD AFB hat einen neuen Chef: Jan-Hendrik Lewering übernimmt mit Beginn dieses Monats die Leitung der bundesweit anerkannten Hundertschaft und folgt damit Ulf Witt, der auf



die Stelle des Stellvertretenden Direktionsleiters zur PD Lübeck gewechselt ist (das DP-Landesjournal berichtete).

Der 53-jährige Oberrat und Vater dreier Söhne (26, 22, 19) und einer Pflegetochter (13) kehrt damit an seine langjährige Wirkungsstätte im mittleren und gehobenen Dienst zurück. In den vergangenen fünf Jahren war der angesehene Schutzpolizist Leiter des Stabsbereiches 1 bei der Polizeidirektion Neumünster. Lewering, der im Kreis Segeberg lebt, hat den Beruf des Polizeibeamten von der Pike auf gelernt. Er startete 1976 als Polizeiwachtmeister auf der Eutiner Hubertushöhe, stieg 1990 in den gehobenen Dienst auf. 2004 folgte der Einstieg in den höheren Dienst, als er als frischgebackener Polizeirat 2004 eine Sachbereichsleitung bei der Polizeiinspektion in Pinneberg übernahm und nach einer Verwendung in der Ratzeburger Inspektion 2007 nach Neumünster wechselte. "Nach fast 19 Jahren Tätigkeiten in den unterschiedlichen Stabsfunktionen im gehobenen und höheren Dienst finde ich es sehr reizvoll, mit den im Laufe des dienstlichen Lebens gemachten Erfahrungen wieder näher an die "dienstliche Front" zu rücken. Das Einsatzgeschäft stellt für mich das Salz in der Suppe im Berufsbild des Polizeibeamten und die Leitung der 1. Einsatzhundertschaft eine persönliche Herausforderung und absolut interessante Aufgabe dar. Die Kolleginnen und Kollegen haben mich als neuen Hundertschaftsführer mit offenen Armen aufgenommen und mir so den Einstieg in die neue Aufgabe leichtgemacht", so der Polizeioberrat gegenüber dem DP-Landesjournal. Thomas Gründemann



INTERVIEW

Dienstpostenbewertung: Modifiziertes Regelwerk im Herbst

Kiel - Vor 13 Jahren wurde bei der schleswig-holsteinischen Landespolizei die Dienstpostenbewertung eingeführt und ist somit seither neben der Beurteilungsnote wesentliche Grundlage für Beförderungsentscheidungen im gehobenen und höheren Dienst der Schutz-, Wasserschutz- und Kriminalpolizei. Und im vergangenen Jahr wurde dann auch der Allgemeine Dienst ebenfalls einer Dienstpostenbewertung unterzogen. Nach der Zusammenführung der verschiedenen Dienstpostenbewertungskommissionen in einer gemeinsamen Kommission zu Beginn dieses Jahres steht eine weitere einschneidende Änderung ins Haus. Seit der Einführung 1999 der Dienstpostenbewertung erreicht die GdP immer wieder vielfältige Kritik aus den Reihen der Mitarbeiterschaft. Einige Punkte nahm die GdP auf, um Jürgen Anhalt, den Personalreferenten der Landespolizei, im Interview damit zu konfrontieren und gleichzeitig auch den Versuch zu unternehmen, den DP-Lesern und die Dienstpostenbewertung noch ein wenig näherzubringen.

Das Interview mit dem Leitenden Polizeidirektor aus der Polizeiabteilung des Innenministeriums führte Landesredakteur Thomas Gründemann:

Häufig erreichen die GdP Klagen von Kolleginnen und Kollegen über die lange Verfahrensdauer bei der Prüfung von Anträgen auf Neubewertung von Dienstposten? In Einzelfällen soll die Prüfung angeblich sogar ein Jahr und mehr gedauert haben. Wie lange dauert es durchschnittlich, bis über einen Antrag auf Neubewertung in der Dienstpostenbewertungskommission entschieden wird (vom Eingang des Antrages bis zur Rückmeldung an den Antragsteller)?

Anhalt: Hierüber werden keine Statistiken geführt. Nach dem Erlass über das Verfahren zur Bewertung von Arbeitsplätzen in der Landespolizei wird die Kommission bei Bedarf zusammengerufen. Sie tagt derzeit regelmäßig zweimal im Jahr. Damit ergeben sich grundsätzlich Verfahrenszeiten von bis zu einem halben Jahr. Antragsteller für Neu- oder Nachbewertungsanträge sind laut Erlass die Personalverwaltungen der Polizeiabteilung sowie der Ämter und Behörden mit Zustimmung der jeweiligen Referats-, Amtsoder Behördenleitung.

Worin ist die lange Verfahrensdauer begründet bzw. was können die Gründe für mögliche Verzögerungen bei der Prüfung sein?

Anhalt: Bearbeitungszeiten können sich im Einzelfall z.B. durch parallel laufende oder anstehende Prozesse wie z. B. Organisations- oder Aufgabenänderungen verlängern. Aufgrund möglicher Auswirkungen auf die Dienstpostenbewertung sind diese Veränderungen zunächst abzuwarten. Bewertungen sind zudem auch erst vorgesehen, wenn Dienstposten organisatorisch eingerichtet und mit Planstellen hinterlegt sind. Für vorläufig eingerichtete Arbeitsplätze kommt eine Bewertung erst in Betracht, wenn sie endgültig festgeschrieben worden sind. Auch hierdurch können zeitliche Abläufe be-

"Die Dienstpostenbewertung ist nicht transparent genug!" ist oft aus der Mitarbeiterschaft zu vernehmen.

Was können Sie darauf erwidern?

Anhalt: Das System der Dienstpostenbewertung wurde 1999 eingeführt und ist damit seit Jahren vertraut. Zudem sind das Regelwerk sowie die aktuell gültigen Reihungen der Dienstposten im Intranet veröffentlicht. Insofern besteht Transpa-

Wie sieht das "Prüfverfahren" von Anträgen in der Praxis aus bzw. in welchen Schritten erfolgt die Prüfung?

Anhalt: Die Kommission prüft die Änderungen von Aufgaben eines Dienstpostens anhand der derzeit sechs bewertungsrelevanten Kriterien und legt in diesem Prüfverfahren fest, ob bzw. welche Auswirkungen auf die Bewertung des Dienstpostens zu attestieren sind.

In der Kommission stimmberechtigt vertreten sind ein Querschnitt unterschiedlicher Funktionsträger der Landespolizei, die GB und ein Vertreter des Hauptpersonalrats.

Gibt es "Eingangsbestätigungen" bzw. "Zwischennachrichten" bei den Anträgen auf Neubewertung von Dienstpos-

Anhalt: Es besteht regelmäßiger Kontakt zwischen den Antragstellern, also den Personalverwaltungen der Ämter und Behörden und der Geschäftsführung der Dienstpostenbewertungskommission. Auf diesem Wege werden auch Bearbeitungsstände kommuniziert.



Jürgen Anhalt

Gibt es aus der Landespolizei "offizielle Klagen bzw. Beschwerden" über die Arbeit der DPB-Kommission, deren Ergebnisse oder eine zu lange Verfahrensdauer? Wenn ja, wie viele und welcher Art waren diese?

Anhalt: Über kritische Nachfragen hinaus, die im Einzelfall natürlich auch zu erwarten sind, habe ich derartige Klagen oder Beschwerden nicht entgegengenom-

Wird die Entscheidung der DPB-Kommission gegenüber den Antragstellern begründet?

Anhalt: Es erfolgt eine Erläuterung gegenüber den antragstellenden Ämtern und Behörden auf Nachfrage.

Seit Februar dieses Jahres ist die Dienstpostenbewertungskommission verändert worden, so dass nun alle Dienstposten (S, K, WSP, h. D., Allgemeiner Dienst) in einer Kommission zusammengeführt worden sind.

Ist mit der veränderten Zusammensetzung der DPB-Kommission* eine Verkürzung der Verfahrensdauer zu erwarten?

Anhalt: Es soll bei zwei Kommissionssitzungen im Jahr und den damit verbundenen Terminsetzungen und Verfahrensabläufen bleiben. Das halte ich für ausrei-

Welche Vorteile erwarten Sie darüber hinaus in der veränderten "großen" Bewertungskommission?

Fortsetzung auf Seite 4



INTERVIEW

Fortsetzung von Seite 3

Anhalt: Die Zusammenführung der Kommissionen war ein erforderlicher Schritt zur beabsichtigten Zusammenführung der derzeit getrennten Dienstpostenbewertungen von Allgemeinen Diensten, Kriminalpolizei und Schutzpo-

Gibt es eine Kontrolleinrichtung oder Schiedsstelle, die die Bewertungen der **DPB-Kommission prüft?**

Anhalt: Die Ergebnisse der Kommission werden in der BLB beraten und dort zustimmend zur Kenntnis genommen und zudem im Referat IV 44 im Rahmen der Fachaufsicht geprüft und freigegeben.

Ist es richtig, dass alle Arbeitsplätze in der Landespolizei von der Dienstpostenbewertung erfasst sind? Wie viele Arbeitsplätze sind dies insgesamt?

Wie sind die Anteile nach a) Laufbahnabschnitten, b) nach Vollzugs- und Verwaltungsdienst, c) Schutz-, Wasserschutz- und Kriminalpolizei gegliedert?

Anhalt: Alle Dienstposten im Beamtenbereich sind dienstpostenbewertet. Dies sind gut 5300 Dienstposten Schutzpolizei, 1100 Dienstposten Kriminalpolizei und 150 Dienstposten Allg. Dienste.

Wie viele Anträge auf Neubewertung werden jährlich in etwa gestellt bzw. ge-

Anhalt: Pro Jahr werden Anträge im geringen zweistelligen Bereich gestellt.

In wie vielen Fällen erfolgt eine beantragte Höherbewertung im Verhältnis zur Zahl der Anträge? Wie verteilen sich die Anhebungen (nach Ämtern und Behörden)?

Anhalt: Hierüber werden keine Statistiken geführt. Da es sich um ein langjährig erprobtes Bewertungssystem handelt, sind statusrechtlich relevante Höherbewertungen bestehender Dienstposten bislang nur in Einzelfällen die Folge gewesen.

Gibt es Planungen, die Dienstpostenbewertung grundlegend einer Prüfung zu unterziehen? Wenn ja, wo sind Veränderungen zu erwarten?

Anhalt: Die Dienstpostenbewertungskommission erarbeitet derzeit einen Vorschlag zur Weiterentwicklung der Systematik zur Dienstpostenbewertung in Verbindung mit der Zusammenführung der bisher getrennten Bewertungssysteme Allgemeine Dienste, Kriminalpolizei und Schutzpolizei. Ich rechne damit, dass der Entwurf für ein modifiziertes Regelwerk im Herbst dieses Jahres vorliegen wird.

Wo hat das gegenwärtige System der Dienstpostenbewertung aus Ihrer Sicht möglicherweise Schwächen?

Anhalt: Das System der Dienstpostenbewertung hat seit seiner Einführung den Beamtinnen und Beamten in der Landespolizei viele Vorteile gebracht. Zunehmend als Schwäche wirken sich die getrennten Systeme Allgemeine Dienste, Kriminalpolizei und Schutzpolizei aus. Mit diesen getrennten Instrumenten ist die Bewirtschaftung dort erschwert, wo sich gemeinsame Aufgabenwahrnehmung entwickelt. Beispiel hierfür sind die gemeinsamen Ermittlungsdienststellen.

Gibt es Möglichkeiten, diese Defizite auszugleichen oder sogar abzustellen? Wenn ja, wie könnten diese aussehen?

Anhalt: Ich bin zuversichtlich, dass wir mit der in Erarbeitung befindlichen einheitlichen Dienstpostenbewertung diese Probleme beseitigen können.

* Anmerkung der Redaktion:

Die neue 25-köpfige Dienstpostenbewertungskommission setzt sich zusammen aus jeweils zwei Mitgliedern der verschiedenen Funktionsbereiche, die in den alten Kommissionen vertreten waren, und zwei Plätzen für den Hauptpersonalrat der Polizei.

KOMMENTAR

Es ist nicht alles schlecht ...

Als sich vor Jahren der Innenminister entschied, bei der Landespolizei - zunächst ausschließlich für den Vollzugsdienst -- eine analytische Dienstpostenbewertung einzuführen und den damaligen Personalreferenten mit der Umsetzung beauftragte, verfolgte er im Wesentlichen folgendes Ziel: Die Schaffung eines transparenten Systems, in dem die Beschäftigten den Wert ihrer Aufgabe in Relation zu anderen Dienstposten ihrer Sparte und Laufbahn erkennen konnten. Die seinerzeit eingerichteten Dienstpostenbewertungskommissionen Schutz- und Kriminalpolizei sowie für den höheren Polizeivollzugsdienst entwickelten dann eine Reihung aller Vollzugsdienstarbeitsplätze unserer Landespolizei. Zur "Bewirtschaftung" dieser Reihungen wurden dann – mit Blick auf Haushalt und Stellenpläne - Schnittstellen eingezogen und die sogenannten Kategorien A bis G (gehobener Dienst) geschaffen.

Das bis dato geltende reine "Stiefelprinzip" und der Grundsatz, dass Dienstposten der höheren Hierarchie prinzipiell mehr wert sind, war damit endlich Geschichte! Sicher kann man über die Bewertungsergebnisse einzelner Arbeitsplätze heftig streiten, im Großen und Ganzen jedoch sind die Reihungen von unten nach oben in sich plausibel. Problematisch war, dass aufgrund der bis dato strikten Aufgabentrennung der Sparten S und K Bewertungen entstanden, die nicht miteinander kompatibel waren. Auch weil durch die zeitgemäße Zusammenführung von Aufgabenfelund Organisationsentwicklung mehr und mehr Arbeitsplätze geschaffen wurden, die unabhängig von der Laufbahn alternativ durch Schutzpolizei- oder Kriminalbeamtinnen und -beamte besetzt wurden, entstanden vielerlei Neidkomplexe." Allein die Wirkung der Kategorisierung von "Massenarbeitsplätzen" der Schutzpolizei in "G" im Vergleich zu Sachbearbeitungsarbeitsplätzen der Kriminalpolizei in "F" – und damit A-11-Fähigkeit – kann nicht als gerecht bewertet werden!

Die Notwendigkeit der Zusammenführung aller Dienstpostenbewertungen wurde über die Jahre augenfällig. Dieser Versuch wird nun unternommen. Er ist meiner Ansicht nach alternativlos, wenn man sich nicht von einem weitgehend sachlich fundierten Bewertungsmuster verabschieden will. Auf einem anderen Blatt steht allerdings die Frage, wie lange es sich unsere Landesregierung noch leisten kann und will, Karrieren leistungswilliger und leistungsfähiger Polizistinnen und Polizisten bei A 10 über Jahre verharren oder gar enden zu lassen will. Da muss Geld in die Hand genommen werden!

> Manfred Börner, Stellvertretender **GdP-Landesvorsitzender**



LANDESPOLITIK

Zwei GdP-Mitglieder im Landtag

KIEL - Das hat es noch nie gegeben: Zwei GdP-Mitglieder sind Parlamentarier im 69 Sitze umfassenden schleswigholsteinischen Landtag. Zum einen ist dies Simone Lange, Direktkandidatin der SPD aus Flensburg, zum anderen Wolfgang Dudda, Listenplatz 2 der Piraten-Partei. Dudda, aktiv beim Bezirk Bundespolizei, hier Kreisgruppenvorsitzender und stellvertretender Bezirksgruppenvorsitzender.

Von Seiten der GdP gratulieren wir beiden Abgeordneten und fragen nach einigen persönlichen Daten.

Simone Lange

Die 36-Jährige trat 1995 in die Ausbildung des gehobenen Dienstes bei der Landespolizei in Altenholz ein. Zunächst wurde sie für den Bereich der Schutzpolizei ausgebildet, bestand unmittelbar nach



Simone Lange

Abschluss der Ausbildung den Übernahmelehrgang zur Kriminalpolizei und landete zunächst bei der KP-Stelle Rendsburg. Bereits ein Jahr später wechselte sie zur KP-Stelle Flensburg, dort in die Ermittlung Jugend mit Schwerpunkt Sexualdelikte wie auch Todes- und Brandermittlungsverfahren. Seit 2004 war sie bei der BKI Flensburg nach zusätzlicher Qualifizierung als Wirtschaftskriminalistin tätig.

In die GdP- trat die geborene Thüringerin im Januar 2009 ein. Geworben hatte sie Stefan Vollmer, stellvertretender Kassierer und Vertrauensmann in der Regionalgruppe Schleswig-Flensburg.

Die Hauptkommissarin ist mit einem Polizeibeamten verheiratet und hat zwei Kinder im Alter von drei und fünf Jahren. Politisch war sie seit 2003 schon aktiv in der Flensburger Ratsversammlung. Gefragt, was sie im Landtag - sie ist Mitglied im Innen- und Rechtsausschuss - bewegen möchte, sagt sie: "Ich möchte mich als Landtagsabgeordnete unter anderem für einen höheren Stellenwert der Präventionsarbeit einsetzen. Aber auch für die Schaffung sog. 'Durchfallreserven' möchte ich mich stark machen. Es reicht nicht aus, die Pensionierungen durch die gleiche Anzahl der Einstellungen zu ersetzen. Hier müssen Reserven gebildet werden. Auch das ist ein Schritt in Richtung einer Arbeitsentlastung, über die wir in der Landespolizei dringend diskutieren müssen.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit der GdP!"

Wolfgang Dudda

Dudda ist Zollfahndungsbeamter und stellvertretender Vorsitzender der Bezirksgruppe Zoll der Gewerkschaft der Polizei, wo er für den Schwerpunkt Medien- und Verbandskontakte zuständig ist. Er trat am 18. Juni 2009 der Piraten-Partei bei. Von Mai 2010 bis Mai 2011 war er Beisitzer im Bundesvorstand der Partei. Dudda ließ diese Funktion aus Protest zunächst ruhen, nachdem das Partei-Schiedsgericht Rheinland-Pfalz im eingeleiteten Verfahren über einen Ausschluss eines Mitgliedes von Äußerungen zur deutschen Kriegsschuld und zum Holocaust keine Entscheidung getroffen hatte. Er ist Gründungsmitglied des Vereines Piraten gegen den Rechtsextremismus.

Er war für die Piraten-Partei Schleswig-Holstein als Politischer Geschäftsführer und Pressesprecher tätig.

Im Handbuch des schleswig-holsteinischen Landtages gibt er wenig Persönliches preis. Dies hängt sicher vor allem mit Partei-Anforderungen zum Datenschutz zusammen. Wohnhaft ist er in Kiel, geboren in Bad Segeberg. Konfession: Evangelisch. Aber auch das gehört dazu: Die Republik Litauen hat ihm den Verdienstsorden verliehen.

GdP-Mitglied ist er seit Juli 2006. Der Beitritt zur GdP war ein Bekenntnis: Die im Zoll vertretenen Berufsorganisatio-



Wolfgang Dudda

nen waren nicht nach seinem Geschmack. Im Übrigen war die Arbeit des Zollfahndungsdienstes der Arbeit der Polizei weitaus ähnlicher als andere Zweige. Beim Zollkriminalamt war er Lehrer für Strafrecht und Vernehmungslehre. So ist nicht nur er, sondern es sind auch viele Kollegen zur GdP gekommen. Sie gründeten eine eigene Organisationseinheit.

Im Landtag ist er sowohl im Innenund Rechtsausschuss als auch im Sozialausschuss.

RG-TERMINE

Einladung!

Schleswig-Flensburg

Herzliche Einladung an alle GdP-Senioren Schleswig-Flensburg zu Klönschnack bei Kaffee und Kuchen am Donnerstag, 18. Oktober 2012, 16.00 Uhr, "Delfter Stuben", Fördestraße 57, Flensburg, Tel. 04 61-31 14 64. Anmeldungen bitte an Günter Krappitz, Tel. 04 61-3 63 66. Telefax 04 61-31 09 36 oder E-Mail: christ1@foni.net

Schleswig-Flensburg

Jahreshauptversammlung am Donnerstag, 25. Oktober 2012, 14.00 Uhr, Bahnhofshotel in Tarp. Innenminister Breitner hat seine Teinahme angekündigt. Anmeldungen bitte an Michael Carstensen, Tel. 04 61-4 84 25 01, oder Stefan Vollmer, Tel. 04 61-4 84 33 29.



LANDESPOLITIK

Antrittsbesuch bei Anke Spoorendonk

KIEL - Ein ganzes Themenbündel brachten die GdP-Vertreter zu ihrem Antrittsbesuch bei Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Gleichstellung und Integration, mit. Die SSW-Politikerin präsentierte sich in den vielfältigen Themen als sattelfest, in der Sache offen und nicht konfliktscheu. Im Vordergrund die Themen "Sicherungsverwahrung", "elektronische Fußfessel", "Abschiebehaftanstalt Rendsburg" und der Dauerbrenner "Erschwerniszulagenverordnung".

Für die GdP waren Vorsitzender Oliver Malchow, Thorsten Schwarzstock für die Justizvollzugsbeschäftigten und Landesgeschäftsführer Karl-Hermann Rehr Gesprächspartner. Neben der Ministerin waren auch Staatssekretär Schmidt-Elsäßer und Leiter des Ministerbüros, Dr. Backmann, dabei.

Thorsten Schwarzstock dankte der Ministerin noch einmal für ihr Engagement um den Erhalt der Justizvollzugsanstalt Flensburg. Er wies weiter auf die unterschiedlichen Belastungen in den verschiedenen Haftanstalten hin. Dabei erwarte man vom Ministerium, dass hier mehr für den Ausgleich getan werde.

Anhand von Beispielen wurde der Ministerialrunde der antiquierte Stand um die seit 1995 nicht veränderten Erschwerniszulagen deutlich gemacht. Sie gelte vor allem für den Polizei- und Justizvollzugsbereich.

Hier versprachen die GdP-Vertreter noch zusätzliches Material. Breiten Raum nahm auch die Diskussion um die Sicherungsverwahrung in Schleswig-Holstein ein. Der von der Ministerin begonnene Dialog mit Hamburg um gemeinsame Unterbringung im Nachbarland sei ein guter Weg.

Die Ministerin wurde ermuntert, die Gespräche zu einem guten Ende zu bringen, damit die auch bei der Polizei einhergehenden Belastungen für Einzelfälle zu einem gesellschaftlich akzeptablen Ende führen.

Im Gespräch mit Justizministerin Anke Spoorendonk und Staatssekretär Eberhard Schmidt-Elsaeßer (2. und 3. v. l.): Oliver Malchow. Karl-Hermann Rehr und Thorsten Schwarzstock (v. l. n. r.).

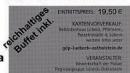






02. November 2012 19.00 Uhr Eventhaus "Hoffnung" Lübeck, Hüxtertorallee 23a





RG-TERMINE

Einladung!

Kiel-Plön

Skat- und Knobelabend am Donnerstag, 15. November 2012, 18.00 Uhr, Restaurant Am Posthorn, Eckernförder Straße 217, 24119 Kiel, Tel. 04 31-54 23 52. Es besteht die Möglichkeit, ab 18.00 Uhr im Restaurant Abendessen einzunehmen. Die Spiele starten gegen 19.00 Uhr. Einsatz für GdP-Mitglieder 5,00 €, Nichtmitglieder 7,00 €. Meldungen bitte an den Kollegen Michael Tietgen, PBR Kiel, Tel. 1601503, E-Mail: Michael.Tietgen@polizei.landsh.de, oder Michael (Ede) Strauß, 1. PR Kiel, Tel. 1 60 11 28, E-Mail: Michael.Strauss @po lizei.landsh.de

Seniorenkaffee am Montag, 3. Dezember 2012, 15.00 Uhr, im Restaurant Clubhaus Tannenberg, Projensdorfer Straße 251, Kiel.





Ihr Hotel: Diana Majestic ★★★★ in Diano Marina Lage: Ruhig, direkt am Strand, in einer kleinen Nebenstraße. Ins Ortszentrum sind es ca. 800 m. Hotel: Voll klimatisiertes Komfort-Hotel. Lobby mit Rezeption, Internet-Ecke, Aufenthalts-/TV-Raum, Hotelbar sowie einem Restaurant. Poolanlage (ab ca. Ostern in Betrieb) sowie Sonnenterrasse. Alle 88 Zimmer verfügen über Bad oder Dusche/WC, Föhn, Klimaanlage, Sat-TV, Minibar, Safe, Balkon und Meerblick.

Reiseverlauf: 1. Tag: Anreise nach Nizza / 2. Tag: San Remo - Ligurisches Hinterland / 3. Tag: Monaco - Eze Village -Villa Ephrussi / 4. Tag: Optional: Genua - Rapallo - Portofino / 5. Tag: Halbtagesausflug Blumenfarm-Finale Ligure-Finalborgo / 6. Tag: Cannes - Nizza / 7. Tag: Freizeit / 8. bzw. 15. Tag: Abreise oder Verlängerungswoche*

Preise Pauschalreise (Flug, Hotel, Halbpension)

Abflug von Hamburg oder Hannover		
Zimmerbelegung mit	2 Personen	1 Person
Preis pro Person	959,- €	1.129,- €
* Verlängerungswoche	+ 495,-€	+ 690,- €
Fakultativer Ausflug (Genua)	39,-€	

und Hinweise. Mindestteilnehmer: min. 30 / max. 44 Personen. Diese finden Sie auch auf unserer Internetseite www.gebeco.de

- Anmeldeschluss: 20.11.2012
- Zug zum Flug (2. Klasse)
- Lufthansa-Linienflüge von Hamburg oder Hannover nach Nizza und zurück in der Economy-Class, 23 kg Freigepäck
- Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren, aktueller Kerosinzuschlag (Stand: Mai 2012)
- Luftverkehrssteuer
- Transfers und Ausflüge in bequemen, landestypischen Reisebussen mit Klimaanlage
- 7 Hotelübernachtungen in Classic Zimmern mit Meerblick und Balkon (Bad oder Dusche/WC)
- 7x Frühstück, 7x Abendessen (davon 1 Gala Dinner mit Ligurischen Spezialitäten im Hotel)
- Begrüßungsgetränk im Hotel
- Weinprobe mit verschiedenen Weinsorten und Kostproben von Ligurischen Spezialitäten
- Umfangreiches Programm laut Reiseverlauf
- Ausgesuchte Führungen/Besichtigungen mit drahtlosem Audio-System (Quietvox)
- örtliche, deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- GdP-Reisebegleitung
- Gebeco-Informationsmaterial mit Reiseliteratur

GdP-Seniorengruppe Schleswig-Holstein

c/o PSW-Reisen Hans-Böckler-Straße 2 23560 Lübeck

Telefon 04 51 / 5 02 17 36 Telefax 04 51 / 5 02 17 58

nsw-reisen luebeck@t-online.de

www.**psw-tours**.de

www.**psw-tours**.de

Hinweis: Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl: 30 Personen / Veranstalter: Gebeco



ANMERKUNGEN VON GdP-GESCHÄFTSFÜHRER KARL-HERMANN REHR

Und was sonst noch so war ...

15. August

13.00 Uhr - Sitzung des Landesfachausschusses Kriminalpolizei. Das Thema hier im Vordergrund: "Gemeinsame Ermittlungsgruppen von Schutz und Kriminalpolizei". Das Thema beherrscht die Sitzung, weil es mit vielen Facetten versehen ist und es gleichzeitig ein Land-Stadt-Gefälle zu verzeichnen gibt. Eine dienstliche Arbeitsgruppe ist dazu eingerichtet. Weiteres Thema: Die Situation um die DNA-Analyse in Schleswig-Holstein. Obwohl der vor einigen Jahren festgestellte Rückstand - übereinstimmend aller Sitzungsteilnehmer - inzwischen gut abgebaut wurde, bleibt immer noch die Frage, warum Schleswig-Holstein in der Bundessicht so wenige Eingaben in die Bundesstatistik hat und auch einen geringen Datenbestand aufweist. Das Thema wird vertieft.

17. August

Der Vorsitzende der Regionalgruppe Segeberg-Pinneberg, Reimer Kahlke, schneidet in einer E-Mail das Thema "Ausgleichszulage" an. Sie läuft nach Beschluss der alten schwarz-gelben Landesregierung zum 31. Dezember 2012 aus. Die Zulage soll – wegen der besonderen Altersgrenze der Vollzugsbeamtinnen und -beamten – nicht mehr erreichbare versorgungsfähige Dienstjahre ausgleichen. Die GdP stellt fest, dass trotz des Anhebens der Altersgrenze immer noch die Differenz zwischen Vollzugs- und Verwaltungsdienst bleibt und die Zulage auch weiterhin ihre Berechtigung hat. Besonders bitter für diejenigen, die durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit nicht im November oder Dezember in den Ruhestand treten - und somit die Zulage erhalten hätten –, sondern bis in den Januar oder Februar des neuen Jahres Dienst leisten müssen. Nicht nur die höhere Lebensarbeitszeit, sondern auch die über den Stichtag der Zulagenzahlung hinausgehende Frist. Der GdP-Landesvorstand hatte dazu ein Gutachten in Auftrag gegeben, dessen Ergebnis jedoch noch nicht vorliegt.

20. August

Heute in der FAZ: Deutsche arbeiten häufiger nachts und am Wochenende. Die Arbeitnehmer in Deutschland müssen immer mehr flexibler arbeiten. Jeder vierte Beschäftigte hat auch am Samstag Dienst, der Anteil der Nachtarbeiter stieg auf knapp zehn Prozent. Auch die Wochenarbeitszeit insgesamt hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Die Arbeitnehmer in Deutschland sind heute häufiger in der Nacht und an Wochenenden tätig als Mitte der neunziger Jahre. Knapp ein Viertel der Beschäftigten arbeitete im vergangenen Jahr auch samstags, 1996 waren es 18,8 Prozent, wie das Statistische Bundesamt am Montag mitteilte. Der Anteil der Menschen, die nachts arbeiten, erhöhte sich im selben Zeitraum von 6,8 auf 9,6 Prozent.

23. August

In der GdP-Geschäftsstelle tagt der Landesfachausschuss Wasserschutzpolizei. Neben einer umfangreichen Tagesordnung, unter anderem zum Dienstsitz Helgoland, die nächste Ausgabe der Broschüre "Wasserschutzpolizei und Schifffahrt" standen auch Neuwahlen auf dem Programm. Der bisherige Vorsitzende Bernd Poschkamp gab nach zehn Jahren den Sprecherposten zurück.



Sein Nachfolger wurde Harald Tiedemann vom WSP-Revier Husum (Foto oben).

25. August

PSW veranstaltet eine Reise nach Bingen am Rhein. Mit auf dem Programm ein Besuch der alten Stadt Gau-Algesheim. Die PSW-Gruppe besucht auch das dort ansässige Fahrradmuseum im Schloss. Zur Überraschung führt sie dort mit zahlreichen und fachkundigen Erklärungen der frühere GdP-Bundesvorsitzende Hermann Lutz durch die Ausstellung. Lutz, Jahrgang 1938, ist präsent wie eh und je.

Auf dem Foto (oben rechts) der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow mit Hermann Lutz.



27. August

Volker Dornquast, vormals Staatssekretär im Innenministerium, jetzt CDU-Landtagsabgeordneter, nimmt zu einer Langzeitstudie der Duke University in Durham Stellung. Forscher dieser Universität hatten herausgefunden, dass langjähriger Hanfkonsum das zentrale Nervensystem unwiderruflich schädigt und den Intelligenzquotienten senkt. Dornquast verlangt, dass die Landesregierung diese Ergebnisse in das von der Koalition vereinbarte "Drug-Checking" und die Anhebung der Eigenbedarfsgrenze einbezieht. Die Feststellungen der amerikanischen Forscher hätten deutlichgemacht, dass der Canabiskonsum alles andere als ungefährlich sei. "Das Problem ist die Droge – nicht. ob der Stoff sauber ist. Wir brauchen deshalb eine Antwort auf die Frage, wie wir in Schleswig-Holstein eine glaubwürdige und wirksame Drogenprävention gestalten", forderte Dornquast.

In der nächsten Ausgabe des GdP-Landesjournals:

"Vorsorge" stand im Mittelpunkt des Seniorenseminars



